

Der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf die Arbeitsteilung von Paaren¹

Miriam Beblo

1. Die Familie als Verhandlungsort?

In der Sozial- wie in der Familienpolitik wird die Familie häufig als Einheit betrachtet. Es wird angenommen, alle Familienmitglieder hätten eine gemeinsame Zielfunktion oder aber, ein Familienmitglied würde die Interessen der anderen in seiner oder ihrer Zielfunktion mitberücksichtigen. Ökonomisch gesprochen nimmt man an, die Familienmitglieder maximierten stets die Wohlfahrt der Familie als Ganzes. Die politische Praxis und auch die Politikberatung folgen damit implizit dem so genannten Einheitsnutzenmodell, in dem das in der Summe erworbene Einkommen einer Familie oder eines Paares als gemeinsames Einkommen betrachtet und verwendet wird.² Aus dieser Annahme folgt, dass nur Änderungen des gesamten Haushaltseinkommens Nachfrageänderungen des Haushaltes hervorrufen und die Höhe der individuellen Einkommen der Partner keinen Einfluss auf das Konsumverhalten haben sollten. Tatsächlich gibt es aber empirische Evidenz, welche nicht mit der „Pooling-Hypothese“ vereinbar ist bzw. diese sogar widerlegen. Auch die Frage, ob alle Familienmitglieder ihre Wohlfahrt gemeinsam ohne Beachtung der Einzelinteressen maximieren, ist Gegenstand empirischer Untersuchungen.

So wurde in Entwicklungsländern schon früh ein Zusammenhang zwischen der gesundheitlichen Entwicklung von Kindern und Investitionen in ihre Bildung einerseits und andererseits der Frage festgestellt, wer im Haushalt die Verfügungsgewalt über das Nichterwerbseinkommen (also staatliche Transfers in Form von Sozialhilfe, Kindergeld etc.) oder Ersparnis hat.³ Mit Hilfe mexikanischer Paneldaten zeigten Anattasio und Lechène (2002), dass die Ausgaben eines Haushaltes vom Empfänger bzw. der Empfängerin des Einkommens abhängen. Auch Analysen der Konsumausgaben kanadischer und französischer Paare offenbarten eine Variation der Konsumstruktur (z.B. von Kleidung) mit dem relativen Beitrag jedes Partners zum Haushaltseinkommen (Browning et al. 1994; Bourguignon et al. 1993). Lundberg, Pollak und Wales (1997) interpretierten die Umstellung des monetären Familienlastenausgleichs in Großbritannien von der Freibetragsregelung zur Kindergeldvergabe im Jahr 1977 als natürliches Experiment. Da der Freibetrag überwiegend dem Vater zugute kam, während das Kindergeld dann direkt an die Mutter ausgezahlt wurde, tangierte dieser Politikwechsel unmittelbar die finanziellen Verfügungsgewalten der Eltern. Die Autoren zeigten, dass allein aufgrund der geänderten Auszahlungsmodalität der relative Anteil der Konsumausgaben für Kinder- und Frauenkleidung anstieg.⁴ Auch die von Woolley (1996) untersuchte Verwendung von Steuervorteilen und Kindergeldzahlungen in Kanada deutet auf eine haushaltsinterne Zweckbindung von Einkunftsquellen hin, die der Pooling-Hypothese widerspricht und die Annahme stützt, dass das Erwerbs- und Konsumverhalten von der relativen Zusammensetzung der Einkommen der Partner abhängt.

1 Dieser Beitrag führt Argumentationen und Forschungsergebnisse aus Beblo (2007), Barg/Beblo (2009 a), Barg/Beblo (2009 b) und Barg/Beblo (i.E.) zusammen. Ich danke Katherin Barg, dass ich für diesen Beitrag auf Forschungsergebnisse aus gemeinsamen Publikationen zurückgreifen durfte.

2 Ein solches „unitary model“ mit einem altruistischen Entscheidungsträger wurde von Becker (1974) formuliert.

3 Siehe hierzu Überblick in Vermeulen (2002) oder Beblo (2007).

4 Vgl. hierzu auch Ward-Batts (2008).

Vieles spricht also dafür, dass das Einheitsnutzenmodell mit der Annahme einer gemeinsamen Zielfunktion die Lebensrealität vieler Paare nicht zutreffend beschreibt. Neben den von den Partnern jeweils erhaltenen Einkommen oder Transferzahlungen können natürlich weitere Faktoren die familieninternen Entscheidungen beeinflussen. In der Literatur werden diese Einflussfaktoren haushaltsexterne Umweltparameter genannt.⁵ Sie sind Indikatoren für die Kontrolle über Ressourcen außerhalb der Familie. Beispiele solcher Umweltparameter sind der relative Anteil von Frauen in einer Region (als Indikator ihrer „Knappheit“), die gesetzlichen Regelungen zu Unterhaltsverpflichtungen im Scheidungsfall oder allgemein die sozialpolitischen Rahmenbedingungen für ein Leben außerhalb des Paarhaushaltes. So können auch politische Maßnahmen, die in erster Linie an Alleinerziehende gerichtet sind, Einfluss auf die familieninternen Verhandlungsergebnisse nehmen. Tatsächlich zeigen Phipps und Burton (1995) in einer internationalen Studie über sieben Länder, dass höhere staatliche Hilfen für alleinstehende Frauen und alleinerziehende Mütter mit geringerer Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen einhergehen. Rubalcava und Thomas (2000) weisen für die USA nach, dass eine Erhöhung der staatlichen Transfers für alleinerziehende Mütter die Rückfalloption einer verheirateten Frau mit Kindern verbessert und damit ihre Verhandlungsposition im Verhältnis zu ihrem Partner. Als Folge beobachtet man, wie die relativen Beiträge verheirateter Frauen zum Haushaltseinkommen in Abhängigkeit von der staatlichen Absicherung alleinerziehender Mütter variieren. Der bloße Anteil von Frauen zu Männern in der Bevölkerung hat den Ergebnissen von Chiappori, Fortin und Lacroix (2002) zufolge ebenfalls Einfluss darauf, wie viel Freizeit jede und jeder einzelne Partner/in genießen darf. Eine neuere Studie zur Erwerbstätigkeit von Frauen stellt fest, dass der Umfang der Erwerbstätigkeit nicht nur vom Familienstand abhängt, sondern auch davon, ob die Frau zum ersten oder zum wiederholten Male verheiratet ist (Aughinbaugh 2010). Die geringere Wahrscheinlichkeit von Teilzeitbeschäftigungen in zweiten und weiteren Ehen führt die Autorin darauf zurück, dass diese Frauen bereits die Erfahrung einer Trennung gemacht haben. Zum einen wissen sie daher um den zeitlich beschränkten Vorteil einer familieninternen Spezialisierung auf Haushaltsarbeit. Zum anderen kennen sie v. a. ihren individuellen ökonomischen Nachteil, wenn sich deswegen ihre eigene Qualifikation und die ihres Partners nicht in gleichem Maße weiter entwickeln konnten.

Die geschilderten Phänomene haben alle gemeinsam, dass sie nicht mit den Prämissen des Einheitsnutzenmodells vereinbar sind, da dieses ausblendet, dass es auch innerhalb des Haushaltes bezüglich der Arbeitsteilung und der Aufteilung der Erträge zu Verteilungskonflikten kommen kann. Alternativ werden in der Literatur spieltheoretische Modelle der Familie diskutiert, in denen die Mitglieder sowohl über die Verwendung von Ressourcen, wie Zeit und Geld, als auch über die Aufteilung von Erträgen miteinander verhandeln. Diese familienökonomischen Verhandlungsmodelle betrachten die Familie nicht als soziale Einheit, sondern gehen vielmehr davon aus, dass in Familien über Arbeits- und Ressourcenteilung verhandelt wird. Familiales Handeln entsteht somit aus einem expliziten Verhandlungsprozess zwischen den beteiligten Familienmitgliedern.

Die Klärung der Frage, ob die Haushaltsmitglieder ihre Ressourcen „in einen Topf werfen“ und eine gemeinsame Zielfunktion verfolgen, oder ob sie auf die eine oder andere Art untereinander verhandeln, ist nicht nur von theoretischem Interesse. Ein tieferes Verständnis des familieninternen Verhaltens ist auch für die praktische Ausgestaltung von familien- und steuerpolitischen Instrumenten von Bedeutung. Beim Aufzeigen politischer Handlungsoptionen ist deshalb wichtig, auch die familieninternen Entscheidungsstrukturen mit zu bedenken, so dass zielgerichtete politische Maßnahmen bei einzelnen Familienmitgliedern ansetzen können statt bei der Familie als vermeintlicher Einheit. Einen solchen Modellrahmen bietet das so

5 „Extra-household environmental parameters“ (McElroy 1990).

genannte „kollektive Modell“, welches bezüglich der theoretischen Vorhersagen wie ein kooperatives Verhandlungsmodell funktioniert.

Im Folgenden werde ich zeigen, wie Verhandlungssituationen von Paaren im kollektiven Modellrahmen dargestellt werden können und welche Rolle die Aspekte Effizienz und Verteilung sowie die Lebensverlaufsperspektive hierbei spielen. Anschließend erörtere ich die Frage, inwiefern institutionelle Rahmenbedingungen die Effizienz von Paarentscheidungen und die Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Gewinns beeinflussen können und welche direkten und indirekten Anreizwirkungen (für die interne Arbeitsteilung) daraus resultieren. Die Rolle der institutionellen Einflussfaktoren diskutiere ich v. a. im Zusammenhang mit dem formalen Familienstand des Paares, ob es also verheiratet ist oder nicht. Nach einer Erörterung der vorliegenden empirischen Evidenz zu Arbeitsteilung und Familienstand gehe ich beispielhaft auf die Ergebnisse eigener Analysen (mit Katherin Barg) ein. Der Beitrag endet mit dem Plädoyer, insbesondere die Erforschung der (Auf-)Teilung familieninterner Ressourcen – den Verteilungsaspekt also – nicht aus dem Blick zu lassen.

2. Das kollektive Modell

Im Modellrahmen des kollektiven Modells wird explizit berücksichtigt, wie zwei Partner über die Allokation und Verteilung von Ressourcen entscheiden.⁶ Bei gegebenen Einkommensmöglichkeiten wählen beide, wer wie viel Zeit für Erwerbsarbeit aufbringen will und wie viel Zeit jeweils zur anderweitigen Verfügung bleibt (für Freizeit, Hausarbeit, Kinderbetreuung etc.), um damit den individuellen Konsum finanzieren zu können. Da die Entscheidungen beider Partner eines Haushaltes nicht unabhängig voneinander sind, spielen intrafamiliale Effekte eine Rolle, also beispielsweise Rückwirkungen der Erwerbsentscheidung eines Partners auf die Entscheidung des jeweils anderen. Individuelle Verhandlungsparameter – darunter auch die schon erwähnten externen Umweltparameter – können einen Einfluss darauf haben, wie viel Ressourcen in Form von freier Zeit und Konsummöglichkeiten ein Partner zur Verfügung hat, aber dazu später mehr.

Mögliche Umverteilungseffekte illustrieren wir mit Hilfe der so genannten Paretogrenze in Abbildung 1. Die beiden Achsen „Nutzen der Frau“ und „Nutzen des Mannes“ spannen einen sogenannten Nutzenmöglichkeitenraum auf.⁷ Die „Nutzenmöglichkeitenkurve“ oder „Paretogrenze“ zeigt die für ein bestimmtes Paar oder einen bestimmten Haushalt erreichbaren Nutzenkombinationen an (abhängig von den Einkommensniveaus und Präferenzparameter der beiden Partner sowie den institutionellen Rahmenbedingungen wie dem Steuer- und Sozialsystem). Welchen Punkt und damit welche Kombination die beiden Partner auf der Nutzenmöglichkeitenkurve wählen, spiegelt die Verhandlungspositionen von Mann und Frau wider. Je weiter links (rechts) sich der Haushalt auf der Paretogrenze befindet, desto besser (schlechter) ist die relative Verhandlungsposition des Mannes.

2.1. Effizienz

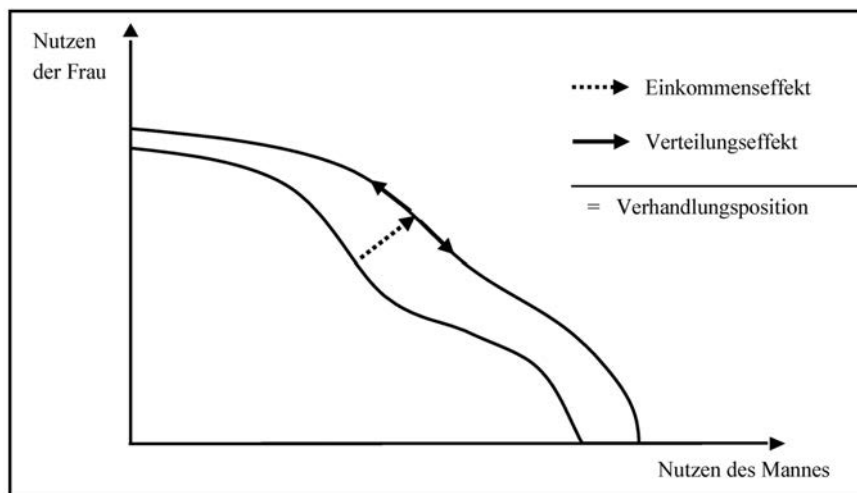
Eine Änderung des Steuersystems bzw. der steuerlichen Behandlung eines Haushaltes kann nun eine Verschiebung der Paretogrenze zur Folge haben. Wenn durch die Änderung die Nut-

⁶ Die theoretischen Grundlagen des kollektiven Modellrahmens haben Chiappori (1988; 1992) und Apps/Rees (1988) gelegt.

⁷ Verhandlungsmodelle bzw. der kollektive Modellrahmen sind natürlich auch für gleichgeschlechtliche Paare anwendbar, insbesondere wenn ein Partner z.B. wegen Kinderbetreuung und Erwerbsreduzierung finanziell abhängig vom anderen wird. Da sich die externen Umweltfaktoren von homosexuellen und heterosexuellen Paaren unterscheiden, beschränke ich die Analyse auf letztere.

zenmöglichkeiten des Haushaltes erweitert werden, verschiebt sich die Paretogrenze nach außen (anderenfalls nach innen). Dies bedeutet, dass der Haushalt bei sonst gleichen Bedingungen ein höheres materielles Wohlfahrtsniveau erreichen kann. Dies ist beispielsweise der Fall beim Vergleich von Paaren mit und ohne Trauschein. Bei einem Einkommensunterschied zwischen den Partnern verschiebt sich durch den Splittingvorteil im Rahmen des Ehegattensplittings die Paretogrenze bei den meisten verheirateten Paaren nach außen, der Nettoeinkommensspielraum (und damit der Nutzenmöglichkeitenraum) wird größer. Der Einkommenseffekt des Ehegattensplittings, der durch den Sprung von einer Nutzenmöglichkeitenkurve auf die andere verdeutlicht wird, ist also eindeutig positiv. Die Lage der Paretogrenze hängt damit auch von der Arbeitsteilung innerhalb des Paares ab. Für Partner mit unterschiedlichen Einkommenspotenzialen kann der Nutzenmöglichkeitenraum kurzfristig gesehen größer ausfallen, wenn sie sich für eine Spezialisierung auf Erwerbsarbeit und Hausarbeit (bzw. Hausarbeit + Teilzeitbeschäftigung) entscheiden.

Abbildung 1: Paretogrenze eines Paares



Quelle: Darstellung in Anlehnung an Beblo et al. (2006: 104).

2.2. Verteilung

Ob aber die individuellen Nutzen von Frau und Mann sich jeweils erhöhen und in welchem Maße, welche Nutzenkombination sich also auf der neuen Paretogrenze für das Paar ergibt, hängt vom Verteilungseffekt ab. Einkommenseffekt und Verteilungseffekt bestimmen zusammen die neue Verhandlungsposition. Theoretisch sind alle Punkte auf der neuen Kurve möglich. Die für einen Haushalt beobachtete konkrete Nutzenkombination hängt von den Nettoeinkommenspotenzialen der Partner und den haushaltsexternen Umweltparametern ab. Entscheidend für das Nettoeinkommenspotenzial sind zum einen das Bruttoeinkommen, zum anderen die steuerlichen Abzüge. Falls die steuerliche Behandlung der individuellen Bruttoeinkommen hauptsächlich zu einer asymmetrischen Belastung des Nettoverdienstes des geringer verdienenden Partners (Zuverdieners) führen sollte – so wie bei der gemeinsamen Veranlagung im Rahmen des Ehegattensplittings der Fall – wäre eine schlechtere relative Verhandlungsposition dieses Partners die Folge. Bei einer traditionellen Konstellation träge dies die zuverdienende Frau, und der Verteilungseffekt würde zu einer Nutzenkombination rechts vom alten

Punkt führen. Falls dagegen Änderungen der Umweltparameter (wie beispielsweise ein gesteigener Anspruch auf Unterhaltszahlungen im Trennungsfall) zu einer verbesserten Rückfalloption der Frau führen sollten, erwarten wir eine bessere Verhandlungsposition der Frau und somit eine Nutzenkombination weiter links auf der Kurve.

2.3. Lebensverlaufsperspektive

In dynamischen Verhandlungsmodellen wird explizit berücksichtigt, dass die von einem Paar einmal getroffenen Vereinbarungen über die Aufteilung von Zeit und Geld nicht dauerhaft bestehen müssen (Ott 1992; Beblo 1999). Wenn sich die individuellen Verhandlungspositionen verändern, sind Nachverhandlungen über die Verteilung der finanziellen Ressourcen des Haushalts möglich. Langfristig kann aus einer arbeitsteiligen Spezialisierung im Paar die asymmetrische Entwicklung des Humankapitals beider Partner folgen. Während eine Spezialisierung auf Erwerbsarbeit zu einer Akkumulation von eher allgemeinem, marktfähigem Humankapital führt, welches den Marktwert der Arbeitskraft erhöht, bedeutet eine Spezialisierung auf Hausarbeit und Kindererziehung die Akkumulation von spezifischem, weniger marktfähigem Humankapital – bei gleichzeitig sinkendem oder bestenfalls stagnierendem Marktwert der Arbeitskraft. Mit der asymmetrischen Entwicklung des Humankapitals entwickeln sich damit auch die Verhandlungspositionen der Partner langfristig asymmetrisch. Die Arbeitsteilung zu einem Zeitpunkt kann also Auswirkungen auf die Verhandlungspositionen in der Zukunft haben. Wichtige Faktoren dafür, welche Auswirkungen diese Dynamik auf die Arbeitsteilung hat, sind u. a., ob die Möglichkeit einer Scheidung besteht und wie Unterhaltsregelungen und andere institutionelle Rahmenbedingungen aussehen.

3. Institutionelle Einflussfaktoren und deren Anreizwirkungen

Wie am Beispiel des Ehegattensplitting geschildert, hängen die Lage der Paretogrenze eines Haushaltes oder Paares und die Nutzenkombination von Mann und Frau auf dieser Grenze stark von den haushaltsexternen Umweltfaktoren, bzw. den politisch leichter zu beeinflussen institutionellen Rahmenbedingungen für dieses konkrete Paar ab. Die Rahmenbedingungen wiederum ändern sich in Abhängigkeit davon, ob das Paar verheiratet oder unverheiratet ist, ob es Kinder hat etc. Da institutionelle Rahmenbedingungen Anreize für Spezialisierung und Arbeitsteilung innerhalb eines Paares geben können, könnten Unterschiede in den Rahmenbedingungen für Ehen und Lebensgemeinschaften durch ihre unterschiedlichen Anreizwirkungen folglich zu unterschiedlichen Zeitverwendungen von verheirateten und unverheirateten Paaren führen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die relevantesten solcher Unterschiede in Deutschland, ihre Implikationen für die Paretogrenze und relativen Verhandlungspositionen von Partnern und die daraus abgeleiteten theoretischen Anreizwirkungen für die Arbeitsteilung in verheirateten und unverheirateten Paaren. In der letzten Spalte ist jeweils vermerkt, ob der ökonomische Anzeizeffekt ein direkter ist oder ob er indirekt, über eine verbesserte Rückfall- und damit Verhandlungsposition einer der Partner, zustande kommt.

Zunächst macht das Ehegattensplitting – wie oben schon beschrieben – eine geschlechtstypische Arbeitsteilung für verheiratete Paare lohnender als für unverheiratete. Wegen des höheren Einstiegssteuersatzes besteht für den zweiten verdienenden Ehepartner (meist die Ehepartnerin) ein direkter ökonomischer Anreiz gegen eine Erwerbsbeteiligung und möglicherweise mehr Spezialisierung auf die Familienarbeit. Durch den Splittingvorteil kann sich dadurch der finanzielle Nutzenmöglichkeitenraum des Ehepaares gegenüber dem nicht verheirateten Paar vergrößern – begleitet von den oben beschriebenen Verteilungsaspekten. Die Mitversicherung von nicht oder nur geringfügig erwerbstätigen Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung hat einen ähnlichen direkten positiven Effekt auf die Differenz in der

Arbeitsteilung. Denn auch die kostenlose Mitversicherung vergrößert den finanziellen Spielraum eines Paares und verschiebt die relative Verhandlungsposition zugunsten des erwerbstätigen und eigens abgesicherten Partners.

Table 1: Institutionelle Unterschiede zwischen Ehe und Lebensgemeinschaft und deren Anzeizeffekte für die familieninterne Arbeitsteilung

	Verheiratete Paare	Unverheiratet zusammenlebende Paare	Anreiz zu mehr Arbeitsteilung in der Ehe
Familienzuschlag beim Entgelt	Zuschlag nur bei Beamten und im alten Tarifrecht des öffentlichen Dienstes (auch ohne Kind)	Zuschlag (auch für Partner/in) nur bei Anspruchsberechtigung für ein Kind bei Beamten und im alten Tarifrecht des öffentlichen Dienstes	Direkter Effekt
Steuersystem	Gemeinsame Besteuerung der Einkünfte des Paares	Individuelle Besteuerung der Einkünfte jedes/r einzelne/n Partners/in	Direkter Effekt
Krankenversicherung	Nicht erwerbstätiger Partner ist über den erwerbstätigen Partner kostenlos mitversichert (bei gesetzlicher Krankenversicherung)	Individuelle Versicherungen	Direkter Effekt
Unterhaltsrecht	Unterhaltszahlung an den nicht oder geringer verdienenden Ex-Ehepartner soll das gewohnte wirtschaftliche Niveau während der Ehe sichern	Unterhaltszahlung an den Partner nur wenn gemeinsame Kinder unter 3 Jahren zu betreuen sind	Indirekter Effekt
Vermögensteilung nach Trennung	Anspruch auf 50% des als Wirtschaftsgemeinschaft gebildeten Vermögens	Getrennte Vermögensbildung	Indirekter Effekt
Witwer- bzw. Witwenrente	Anspruch	Kein Anspruch	Indirekter Effekt
Erbschaft	Automatisches (obligatorischer Anteil), hohe Freibeträge in der Erbschaftssteuer	Schriftliches Testament erforderlich (kein obligatorischer Anteil), Erbschaftssteuer	Indirekter Effekt
Trennungskosten	Einkommensabhängige Anwalts- und Gerichtskosten	Keine gesetzlichen Kosten	Indirekter Effekt

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Barg und Beblo (2009 b).

Im Gegensatz dazu üben die vom Familienstand abhängigen Unterhaltsregelungen und auch der Anspruch auf Witwer- bzw. Witwenrente einen eher indirekten Effekt auf (die Bereitschaft zu) Arbeitsteilung aus. Eine Scheidung verpflichtet grundsätzlich zu einer finanziellen Unterstützung des bedürftigen Partners,⁸ die Trennung eines unverheirateten Paares dagegen nur dann, wenn Kinder unter 3 Jahren zu versorgen sind. Beim Tod des Partners wird nur dem verheirateten Witwer bzw. der Witwe eine gesetzliche Rente gewährt.⁹ In beiden Fällen „lohnt sich“ eine Spezialisierung deshalb längerfristig nur in der Ehe, nicht aber in der Lebensgemeinschaft, wo der Partner/die Partnerin weder ein Anrecht auf eine Unterhalts- noch auf eine

⁸ Allerdings hat die finanzielle Absicherung des abhängigen Partners mit den kürzlich verabschiedeten Reformen des Unterhaltsrechts stark abgenommen.

⁹ Auch der abgeleitete Rentenanspruch wurde reformiert und geringer.

Rentenzahlung hat.¹⁰ Die Ehe fungiert hier als vertragliche Absicherung des wirtschaftlich nicht oder weniger aktiven Partners, indem die Verschlechterung seiner oder ihrer relativen Verhandlungsposition durch den Unterhalts- oder Rentenanspruch zumindest teilweise aufgefangen wird.¹¹

Unterschiedliche Trennungskosten könnten ebenfalls einen Unterschied in der Arbeitsteilung begründen: Anwalts- und Gerichtskosten machen eine Scheidung meist deutlich teurer als die Trennung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Nicht zuletzt deshalb bleiben Ehen zumindest formal länger bestehen als Lebensgemeinschaften. Da sich außerdem ökonomisch betrachtet langfristige Arbeitsteilung in einer Partnerschaft, in der beide Partner davon ausgehen, dass sie lange hält, eher lohnt als in einer Partnerschaft mit geringerer erwarteter „Halbwertszeit“, sollten die Unterschiede in den Trennungskosten die Differenz in der Arbeitsteilung theoretisch vergrößern.

Schließlich unterscheidet auch das Erbschaftsrecht zwischen verheirateten und nicht verheirateten Paaren. Ehepartner erben „automatisch“, auch ohne Testament und haben einen Mindestanspruch auf den Pflichtteil. Lebenspartner haben grundsätzlich keinen Erbanspruch, hierfür ist ein Testament erforderlich. Außerdem sind die steuerlichen Freigrenzen geringer als bei Ehepaaren.

Insgesamt stellt die Teilhabe am gemeinsam erwirtschafteten in der Ehe – auch im Scheidungs- und Todesfall – einen Anreiz für geschlechtsspezifische Arbeitsteilung dar, da so auch der nicht erwerbstätige Partner vom möglicherweise stärkeren Einkommenszuwachs profitiert, gleichzeitig aber eine weniger starke Verschlechterung der relativen Verhandlungsposition (= Bewegung auf der Paretogrenze zu einem geringeren Nutzenniveau) riskiert. Das Fazit aus dieser Betrachtung lautet also: Theoretisch begünstigen die rechtlich-institutionellen Unterschiede zwischen Lebensgemeinschaften und Ehen eine stärkere Spezialisierung in der Ehe als in der Lebensgemeinschaft. Diese Begünstigungen wirken über den erweiterten Nutzenmöglichkeitenraum entweder direkt oder – verbunden mit einer vertraglichen Absicherung der individuellen Verhandlungsposition des ökonomisch schwächeren Partners – eher indirekt. Praktisch bestärken sie zusammenlebende Paare, die aufgrund eines Kindes und/oder eines Lohnunterschiedes zwischen den Partnern eine Arbeitsteilung bereits erwägen, in ihrer Entscheidung zur Heirat und zur Spezialisierung.

4. Empirische Evidenz zu Arbeitsteilung und Familienstand

Der Zusammenhang zwischen dem Familienstand einer Frau oder eines Mannes und ihrer/seiner Beteiligung an der Erwerbs- und häuslichen Arbeit ist statistisch eindeutig belegt: Verheiratete Männer leisten mehr Erwerbsstunden und verheiratete Frauen mehr Hausarbeitsstunden als unverheiratete. Neben anderen Autoren lieferte Kenny bereits 1983 indirekte Belege für diesen Zusammenhang zwischen Arbeitsteilung und Familienstand, indem er feststellte, dass die Einkommen verheirateter Männer über die Zeit schneller wachsen als dieje-

10 Kein solcher Einfluss ist von den rechtlichen Ansprüchen auf staatliche Unterstützung bei Langzeitarbeitslosigkeit oder Elternzeit zu erwarten, denn für das Arbeitslosengeld II und das Elterngeld wird das gemeinsame Einkommen der Bedarfsgemeinschaft (also inklusive des Einkommens des Partners) berücksichtigt, unabhängig vom Familienstand. Auch von den rechtlichen Unterschieden zwischen Ehe und Lebensgemeinschaft bezüglich Elternschaft und Sorgerecht ist keine Wirkung auf die Spezialisierung im Haushalt zu erwarten. Falls ein im Haushalt lebendes Kind einen Einfluss auf das Einkommen des Vaters ausüben sollte, sollte dieser theoretisch unabhängig davon sein, ob der Vater verheiratet ist oder in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebt.

11 Wenn auch dieser Versicherungscharakter der Ehe mit den vergangenen Reformen im Unterhaltsrecht und in der Hinterbliebenenversorgung sicher abgenommen hat.

nigen unverheirateter, weil sie offensichtlich schneller Humankapital ansammeln. Korenman und Neumark (1991) wiesen Ähnliches anhand von Personaldaten eines amerikanischen Unternehmens nach und Chun und Lee (2001) berücksichtigten den Umfang geschlechterspezifischer Arbeitsteilung anhand der Erwerbsstunden der Ehefrau. Antonovics und Town (2004) ermittelten einen Einkommensvorteil verheirateter Männer gegenüber ihren unverheirateten Zwillingbrüdern, und damit einen indirekten Beleg ihrer größeren Spezialisierung auf Erwerbsarbeit.

Gemeinsam ist den bisher zitierten Studien jedoch, dass sie i. d. R. nicht zwischen unverheirateten alleinlebenden Männern und solchen unterscheiden, die zwar nicht verheiratet sind, aber mit einer Partnerin zusammenleben. Nun sind die Lebensbedingungen für alleinlebende und für mit Partner oder Partnerin zusammenlebende Menschen aber grundsätzlich andere. Bei verheirateten und nicht verheirateten Paaren weichen sie nicht so stark voneinander ab wie bei Singles und Ehepaaren. Daher erscheinen Zusammenhangsanalysen zwischen verheirateten und nicht verheirateten Paaren aussagekräftiger, um zu prüfen, wie sich die oben beschriebenen institutionellen Rahmenbedingungen auf die Arbeitsteilung von Paaren bzw. das individuelle Verhalten auf dem Arbeitsmarkt auswirken.

So fanden Bardasi und Taylor (2008) Lohnunterschiede bei Männern, welche nur auf Spezialisierungsunterschiede zwischen verheirateten und nicht verheirateten Paaren zurückzuführen sein können. Ono und Yeilding (2008) verglichen beispielsweise, wie viel Zeit verheiratete und unverheiratet mit ihrer Partnerin zusammenlebende Männer in Schweden und den USA mit der Kinderbetreuung verbringen. In den USA treffen beide Gruppen von Paaren auf unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen, während sie in Schweden sowohl gesetzlich als auch gesellschaftlich-kulturell annähernd die gleichen Rechte und Pflichten genießen. Interessanterweise unterschied sich die Arbeitsteilung innerhalb von Ehe- und anderen Paaren in den USA stark voneinander: Ehepartner verhielten sich geschlechtstypischer. Andere Studien mit US-Daten bestätigten ebenfalls einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen Ehe und häuslicher Arbeitsteilung (Gupta 1999; Shelton/John 1993; South/Spitze 1994). Bei schwedischen Paaren dagegen schien das Engagement in der Kinderbetreuung nicht vom Familienstand abzuhängen (Ono/Yeilding 2008). Gleiches gilt für Großbritannien, wo sich nach den Ergebnissen von Kalenkoski, Ribar und Stratton (2007) – bei annähernd gleichen rechtlichem Umfeld für verheiratete und unverheiratete Paare (Odersky 2006) – erwartungsgemäß auch die Aufteilung der Kinderbetreuung innerhalb dieser Paare nicht voneinander unterscheidet.

Empirische Studien mit deutschen Daten haben diesen Spezialisierungseffekt der Ehe bisher ebenfalls gestützt (El Lagha/Moreau 2007; Ludwig 2007). Unsere eigenen Analysen zu Männerlöhnen in Abhängigkeit vom Familienstand ließen allerdings vermuten, dass eigentlich nicht die Ehe kausal auf die Arbeitsteilung eines Paares wirkt, sondern dass eher eine Selektion von „spezialisierungswilligen“ Paaren in der Ehe stattfindet (Barg/Beblo 2009 a; 2009 b). Dazu nun im folgenden Abschnitt mehr.

5. Eigene Forschungsergebnisse

Nach den Studien von El Lagha und Moreau (2007) sowie Ludwig (2007) erscheinen also auch in Deutschland die Unterschiede in der Arbeitsteilung bei unverheiratet und verheiratet zusammenlebenden Paaren zunächst eindeutig. Tabelle 2 bestätigt, dass im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) befragte Paare in den 1990er und 2000er Jahren im Durchschnitt eine stärkere Arbeitsteilung haben, wenn sie verheiratet sind.¹² So ist die Differenz in den

¹² Der Datensatz SOEP ist in Wagner et al. (2007) detaillierter beschrieben.

Erwerbsstunden – d.h. wie viele Stunden der Mann pro Werktag mehr im Beruf (oder auf dem Weg dorthin) verbringt als die Frau – bei verheirateten Paaren mit 4 Stunden mehr als doppelt so hoch wie bei unverheiratet Zusammenlebenden, bei denen der Unterschied nur 1,7 Stunden beträgt. Weiterhin unterscheidet sich die Zeitaufwendung der Partner/innen für Kinderbetreuung innerhalb der Ehe viel stärker als innerhalb der Lebensgemeinschaft: Verheiratete Frauen investieren fast 3,5 Stunden pro Tag in die Kinderbetreuung und damit 2,6 Stunden mehr als ihre Ehemänner, bei den unverheirateten sind es 2,3 Stunden bzw. 1,6 Mehrstunden.

Tabelle 2: Vergleich von verheirateten und nicht verheirateten Lebensgemeinschaften

	Verheiratet		Nicht verheiratet	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
<i>Zeitverwendung pro Werktag</i>				
Erwerbsarbeit (Std)	8,66	4,64	8,42	6,71
Kinderbetreuung (Std)	0,89	3,44	0,71	2,30
Hausarbeit (Std)	1,40	4,50	1,81	3,32
Vollerwerbstätigkeit (%)	0,86	0,31	0,80	0,58
<i>Persönliche Merkmale</i>				
Alter (Jahre)	44,12	41,54	36,06	33,69
Kein Berufsabschluss (%)	0,14	0,21	0,16	0,19
Berufliche Ausbildung (%)	0,64	0,62	0,64	0,62
Hochschulabschluss (%)	0,22	0,17	0,20	0,19
Beitrag Erwerbseinkommen (%)	0,72	0,28	0,60	0,40
<i>Haushaltsmerkmale</i>				
Nettohaushaltseinkommen (€)	2.732	2.732	2.498	2.498
Kind im Haushalt (%)	0,56	0,56	0,33	0,34
Ostdeutschland (%)	0,25	0,25	0,32	0,32
Beobachtungen (mindestens pro Gruppe)	62.866	64.148	9.134	9.208

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Barg/Beblo (i.E.), Berechnung mit SOEP-Daten von 1991 bis 2008. Mittelwerte aller Beobachtungseinheiten (d.h. eine befragte Person kann bis zu 18 mal in den Mittelwert eingehen, wenn sie im gesamten Beobachtungszeitraum an der Befragung teilgenommen hat).

Im Hinblick auf die täglich mit Hausarbeit (inklusive Besorgungen, Reparaturen und Gartenarbeit) verbrachte Zeit beträgt die Differenz bei verheirateten Paaren 3,1 Stunden, bei Zusammenlebenden 1,5 Stunden. Der Anteil von Ehepaaren, bei denen die Frau voll erwerbstätig ist, ist ebenfalls geringer (31 %) als der entsprechende Anteil der zusammenlebenden Paare (58 %). Der wegen der institutionellen Ungleichbehandlung erwartete Zusammenhang zwischen Familienstand und Arbeitsteilung erscheint auf den ersten Blick also bestätigt.

Allerdings unterscheiden sich verheiratete und unverheiratete Paare, wie Tabelle 2 ebenfalls deutlich macht, auch in anderen sozio-ökonomischen Merkmalen, welche wiederum mit ihren gewählten Zeitverwendungen zusammenhängen könnten. Insgesamt zeigen unverheiratete Partner eine stärkere Ähnlichkeit in Bezug auf ihren Bildungshintergrund und ihren Beitrag zum Haushaltserwerbseinkommen. Während bei ihnen 40 % des Einkommens von der Frau erwirtschaftet wird und 60 % vom Mann, beträgt das Verhältnis bei Ehepaaren etwa 30 zu 70. Verheiratete Paare haben ein insgesamt höheres Haushaltseinkommen – nicht zuletzt auch wegen ihres durchschnittlich höheren Alters – und in ihren Haushalten lebt außerdem mit größerer Wahrscheinlichkeit, nämlich zu 56 %, ein Kind als in Lebensgemeinschaften (33 %).

Schließlich ist der Anteil unverheirateter Paare in Ostdeutschland mit 32 % höher als in Westdeutschland (25 %).

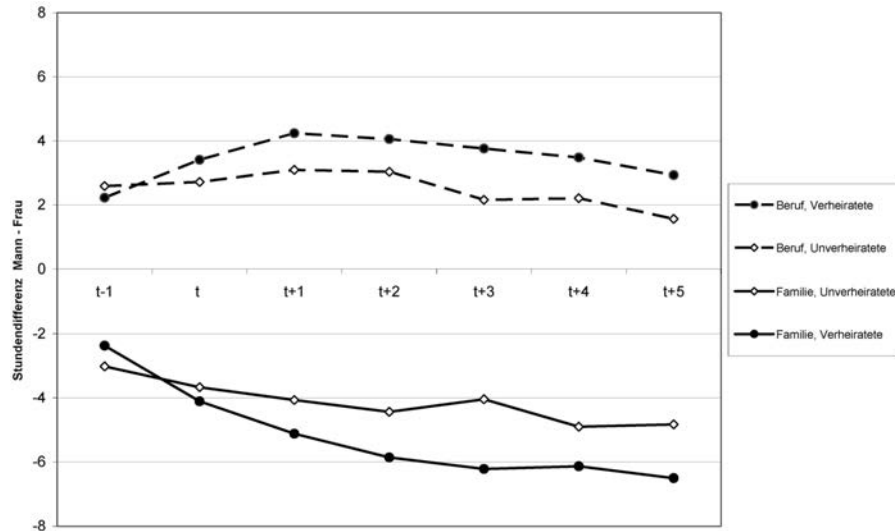
Könnte die unterschiedliche Arbeitsteilung also letztendlich nur an der unterschiedlichen Zusammensetzung der beiden Gruppen von Paaren (verheiratet versus nicht verheiratet) liegen? Sind Paare, die sich für eine Ehe entscheiden, grundsätzlich anders als solche, die es nicht tun und erklärt dieses Anderssein auch die andere Arbeitsteilung? Dieser Frage bin ich mit Katherin Barg in ökonometrischen Analysen mit dem SOEP nachgegangen (siehe Barg/Beblo i.E.). Mit Hilfe des so genannten „Propensity Score Matching“ – einer statistischen Methode zum paarweisen Vergleich zweier Beobachtungen, die nahezu identisch sind, sich jedoch in einem wesentlichen Aspekt, hier dem Familienstand, unterscheiden – ermittelten wir, wie groß der verbleibende selektionsfreie Unterschied in der Arbeitsteilung zwischen verheirateten und unverheirateten Paaren ist, wenn andere beobachtbare Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen ausgeblendet werden.

Unsere Analysen bestätigten zwar zunächst, dass sich sogar frisch verheiratete Partner tendenziell stärker in der Haus- und Erwerbsarbeit spezialisieren als unverheiratete. Nach Anwendung des statistischen Matching-Verfahrens reduzierte sich die Stundendifferenz in der Erwerbsarbeit um zwei Drittel und in der Kinderbetreuung sogar um drei Viertel. Anders ausgedrückt: Ehepaare betreiben vor allem deshalb eine stärkere Arbeitsteilung, weil sie einen spezifischen Mix an Merkmalen haben, der sie von unverheirateten Paaren unterscheidet, und das auch schon vor der Eheschließung. Außerdem werden sie mit größerer Wahrscheinlichkeit Eltern als (weiterhin) unverheiratet zusammenlebende Paare. Umgekehrt ist es unwahrscheinlicher, dass Partner, welche sich in Bezug auf Bildung, Erwerbseinkommen und Zeitverwendung stärker ähneln, also als Paar homogener sind, auch formal heiraten.

In Abbildung 2 ist die Arbeitsteilung von Ehepaaren kurz vor und in den Jahren nach ihrer Eheschließung im Vergleich zur Arbeitsteilung von unverheiratet zusammenlebenden Paaren illustriert. Es ist ein statistisch kontrollierter Vergleich (das oben beschriebene Matching), welcher nur auf Paaren basiert, die sich in anderen wichtigen Merkmalen stark ähneln. In diesem Sinne ist es ein *doppelt paarweiser* Vergleich: Zum einen betrachten wir die unterschiedliche Zeitverwendung *innerhalb* jedes Paares, zum anderen den Unterschied *zwischen* sich ähnelnden Paaren.

Die Kurven sind so zu interpretieren: Mit t ist auf der horizontalen Achse das Jahr der Eheschließung gekennzeichnet, $t-1$ bezeichnet das Jahr vor der Heirat, $t+1$ das Jahr danach, $t+2$ das zweite Jahr danach usw. Angefangen mit einer Differenz von jeweils gut zwei Arbeitsstunden im Beruf und in der Familie (welche den oben beschriebenen erweiterten Begriff von Hausarbeit sowie die Kinderbetreuung umfasst) im Jahr vor der Eheschließung ($t-1$), scheint die Arbeitsteilung nach der Heirat zunächst zuzunehmen. In den folgenden drei bis vier Jahren investieren Ehemänner vier Stunden mehr in ihren Beruf als ihre Ehefrauen. Diese wiederum verbringen bis zu 6,5 Stunden mehr mit der Familienarbeit. Allerdings nimmt der durchschnittliche Unterschied in den Erwerbsstunden nach vier bis fünf Jahren wieder ab, während der Abstand in den Familienarbeitsstunden über sechs verbleibt.

Im Gegensatz zu den verheirateten Paaren, zeigen nicht verheiratete Lebensgefährten/innen eine weniger ausgeprägte Arbeitsteilung, die auch zeitlich konstanter ist. Der Unterschied in der Erwerbsarbeit zwischen Mann und Frau beträgt zwischen 1,6 und 3 Stunden. Der Unterschied in der Familienarbeit ist größer und nimmt im Zeitverlauf bis auf 5 Stunden zu. Wie auch bei den verheirateten Paaren ist dies überwiegend auf das unterschiedliche Engagement von Vätern und Müttern in der Kinderbetreuung zurückzuführen.

Abbildung 2: Unterschiede in der Zeitverwendung im (doppelt) paarweisen Vergleich

Quelle: Eigene Darstellung. Berechnung mit SOEP-Daten von 1991 bis 2008.

Übrigens ergibt sich ein noch klareres Bild, wenn man statt des statistisch kontrollierten Vergleichs nur einen einfachen Paarvergleich vornimmt. Bezogen auf *alle* nicht verheirateten Paare im SOEP (unabhängig von ihren Merkmalen) wird nämlich die besondere Arbeitsteilung bei jungen Ehepaaren relativ deutlicher. Im Durchschnitt über alle Lebensgemeinschaften beträgt die Differenz in der Erwerbsarbeit zwischen Mann und Frau zwischen 1 und 2 Stunden und diejenige in der Familienarbeit zwischen 2 und 4 Stunden. Die Unterschiede sind damit noch weiter von denen der verheirateten Paare entfernt.

Deshalb interpretieren wir in Barg und Beblo (2009 b; i.E.) die stärkere Spezialisierung unter Ehepartnern als Bestandteil des Selektionsprozesses in die Ehe. Es sind also doch besonders „spezialisierungswillige“ Personen, die sich finden und heiraten. Immerhin werden sie durch die institutionellen Rahmenbedingungen stark zur formalen Eheschließung ermuntert. Noch dazu nivelliert sich die einmal eingenommene Arbeitsteilung insbesondere bei den verheirateten Paaren später kaum wieder, wie in Abbildung 2 deutlich zu sehen. Die Folge ist eine asymmetrische Entwicklung des Humankapitals von Frauen und Männern. Die oben beschriebenen institutionellen Rahmenbedingungen für Ehepaare haben also nicht nur kurzfristige Anreizeffekte für die Arbeitsteilung innerhalb des Haushaltes, sondern auch langfristige in Bezug auf Investitionen in das Humankapital und die nachhaltige Erwerbsfähigkeit von Frauen. Die beschriebenen ökonomischen Anreize zur Arbeitsteilung in verheirateten Paaren bilden damit einen verstärkenden Faktor für den „Teufelskreis ökonomischer Rationalität“ (siehe auch Ott 1993).¹³

¹³ Auch (aber nicht nur) so lassen sich die unterschiedlichen Erwerbsbiografien und Entgelte von Frauen und Männern erklären.

6. Fazit: Forschungsbedarf bei der Verteilung familieninterner Ressourcen

Wie oben erläutert, bietet der kollektive Ansatz die Möglichkeit, aus dem beobachteten Verhalten eines Paares die jeweiligen Verhandlungspositionen der Partner abzuleiten, die so genannte Teilungsregel. Diese Teilungsregel ist an der Änderung des Konsums eines exklusiven und eindeutig einer Person zurechenbaren Gutes in Reaktion auf Einkommensvariationen oder Änderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen empirisch ablesbar.¹⁴ Als privater Konsum könnten der Mitgliedsbeitrag für einen Sportclub oder die Anzahl von Kinobesuchen interpretiert werden. Wenn beispielsweise eine Transferzahlung an ein Haushaltsmitglied zu mehr oder weniger privatem Konsum dieser Person führt oder auch zu mehr oder weniger Stunden Freizeit, kann man daraus Rückschlüsse ziehen, wie die Verhandlungspositionen innerhalb des Haushaltes verteilt sind.

Bislang gibt es wegen fehlender Datengrundlage nur wenige Quantifizierungsversuche der familieninternen Teilungsregel. Dies trifft nicht nur, aber insbesondere für Deutschland zu (Ausnahmen siehe Browning/Chiappori 1998; Chiappori et al. 2002; Vermeulen 2006; Beninger et al. 2007). In Beninger, Laisney und Beblo (2007) behelfen wir uns, indem wir die relative Verhandlungsposition von verheirateten Frauen und Männern im Sozio-ökonomischen Panel mit Hilfe eines gemischten Ansatzes aus Schätzung und Kalibration bestimmten (individuelle Arbeitsangebotsentscheidungen werden dabei so simuliert, dass sie im Ergebnis den tatsächlich beobachteten Arbeitszeiten entsprechen). Demnach ist z.B. die relative Verhandlungsposition von Männern umso höher, je geringer das potenzielle Einkommen der Ehefrau ist.

Weitergehende Analysen verspricht ein neues Familienpanel, das "Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics" (pairfam). Barg und Beninger (2009) fanden auf Grundlage der Pre-Test-Daten (dem so genannten Mini-Panel) zumindest Hinweise darauf, dass die Konsumausgaben für acht individuell gut zuordenbare Güter mit dem Erwerbs- und Nichterwerbseinkommen und der Bildung der Partner/innen zusammenhängen. Das in der Pre-Test-Phase abgefragte Konsumverhalten müsste nun ebenso detailliert in der Hauptbefragung erhoben werden.

Indirekte Hinweise kommen schließlich von Studien zu Geldverwaltung und -verteilung in Paarhaushalten (z.B. Ludwig-Mayerhofer 2004), wonach beides ungleicher verteilt ist, je asymmetrischer die Bildung und das Einkommen der Partner sind. Allerdings ist auch ein gemeinsames Bankkonto noch kein Beleg dafür, dass beide Partner über das darauf liegende Geld tatsächlich in gleichem Maße verfügen können. Unterschiedliche Verhandlungspositionen, beispielsweise aufgrund unterschiedlicher Einkommen, können immer noch zu unterschiedlichen Konsumausgaben führen.

Leider fehlte bislang jegliche *direkte* Evidenz zu familieninternen Verteilungsfragen in industrialisierten Ländern.¹⁵ In Ermangelung natürlicher oder sozialer Experimente besteht ein möglicher Ausweg in der Durchführung von Laborexperimenten, in denen einer Fragestellung isoliert und unter kontrollierten Bedingungen nachgegangen werden kann. Mit Denis Beninger habe ich im Mai 2010 ein solches Experiment zur Frage der Effizienz von Paarentscheidungen und zur paarinternen Verteilung von Ressourcen durchgeführt. Teilgenommen haben knapp 100 verheiratete und unverheiratete Paare aus dem Raum Mannheim – im Alter zwischen 20

14 Bourguignon/Chiappori (1992); Browning/Chiappori (1998).

15 Soziale Experimente wurden bisher nur in Entwicklungsländern durchgeführt, zum einen weil dort mit geringerem Geldeinsatz hohe ökonomische Anreizeffekte erzielt werden können, zum anderen weil die rechtlichen Hürden (wegen der bewussten Besser- bzw. Schlechterstellung ausgewählter Bevölkerungsgruppen) in industrialisierten Ländern größer bzw. unüberwindbar sind.

und 80 Jahren und aus allen Bildungs- und Einkommenschichten.¹⁶ Erste Ergebnisse dieses direkten Tests der „Pooling-Hypothese“ zeigen einen großen Anteil von Paaren, verheiratet wie unverheiratet, welche ihre Haushaltsbudgets nicht unabhängig vom Empfänger des Einkommens verwenden.¹⁷ Weitere Analysen zur familieninternen Verteilung von Ressourcen sollen und müssen folgen und damit insbesondere unser Wissen über die zeitliche Entwicklung der Teilungsregel in den Lebensverläufen von Paaren erweitern.

Literatur

- Antonovics, Kate / Town, Robert (2004): Are All the Good Men Married? Uncovering the Sources of the Marital Wage Premium, in: *American Economic Review* 94 (2), 317-321.
- Apps, Patricia F. / Rees, Ray (1988): Taxation and the Household, in: *Journal of Public Economics* 35, 355-369.
- Attanasio, Orazio / Lechène, Valérie (2002): Tests of Income Pooling in Household Decisions, in: *Review of Economic Dynamics* 5(4), 720-748.
- Bardasi, Elena / Taylor, Mark (2008): Marriage and Wages: A Test of the Specialization Hypothesis, in: *Economica* 75, 569-591.
- Barg, Katherin / Beblo, Miriam (i.E.): Does “Sorting into Specialization” Explain the Differences in Time Use between Married and Cohabiting Couples? An Empirical Application for Germany, in: *Annales d’Economie et de Statistique*.
- Barg, Katherin / Beblo, Miriam (2009 a): Does Marriage pay more than Cohabitation?, in: *Journal of Economic Studies* 36 (6), 552-570.
- Barg, Katherin / Beblo, Miriam (2009 b): Male Marital Wage Premium. Warum verheiratete Männer (auch brutto) mehr verdienen als unverheiratete und was der Staat damit zu tun haben könnte, in: Harriet Taylor Mill-Institut Discussion Paper 06, Berlin.
- Barg, Katherin / Beninger, Denis (2009): Intra-Household Allocation. Evidence from a New Survey on Family Issues with Individual Consumption Data, Mannheim: mimeo.
- Beblo, Miriam (2001): Bargaining over Time Allocation: Economic Modeling and Econometric Investigation of Time Use within Families. Contributions to Economics, Heidelberg: Physica.
- Beblo, Miriam (2007): Die Wirkungsweise des Ehegattensplittings bei kollektiver Entscheidungsfindung im Haushalt, in: Barbara Seel (Hrsg.), Ehegattensplitting und Familienpolitik, Wiesbaden: DUV, 269-294.
- Beblo, Miriam / Beninger, Denis / Laisney, François (2006): Besteuerung von Familien. Ökonomische Wirkungen der Reformalternativen Individualbesteuerung und Familiensplitting, in: Jörg Althammer / Ute Klammer (Hrsg.), Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung, Tübingen: Mohr-Siebeck, 93-114.
- Beblo, Miriam / Beninger, Denis (2010): Kurzdokumentation zur Studie „Konsumententscheidungen und Zeitverwendung bei Paaren“, Berlin: mimeo.
- Beblo, Miriam / Beninger, Denis (2011): Do Couples Pool their Incomes? Experimental Evidence from Germany, Conference Paper, Association Française de Science Economique, Annual Conference, Paris.
- Becker, Gary S. (1974): A Theory of Social Interactions, in: *Journal of Political Economy* 82 (6), 1063-1093.

¹⁶ Siehe Kurzdokumentation zur Studie „Konsumententscheidungen und Zeitverwendung bei Paaren“ (Beblo/Beninger 2010).

¹⁷ Wovon das Pooling oder Nicht-Pooling im Einzelnen abhängt, ist in Beblo und Beninger (2011) beschrieben.

- Beninger, Denis / Laisney, François / Beblo, Miriam (2007): Welfare analysis of a tax reform for Germany. A comparison of the unitary and collective models of household labour supply, in: *Journal of Population Economics* 20, 869-893.
- Bourguignon, François / Browning, Martin / Chiappori, Pierre-André / Lechene, Valerie (1993): Intra Household Allocation of Consumption: A Model and some Evidence from French Data, in: *Annales d'Economie et de Statistique* 29, 137-156.
- Bourguignon, François J. / Chiappori, Pierre-André (1992): Collective Models of Household Behavior, in: *European Economic Review* 36, 355-364.
- Browning, Martin / Bourguignon, François / Chiappori, Pierre-André / Lechene, Valerie (1994): Incomes and Outcomes: A Structural Model of Intrahousehold Allocation, in: *Journal of Political Economy* 102, 1067-1096.
- Browning, Martin / Chiappori, Pierre-André (1998): Efficient intra household allocations. A general characterization and empirical tests, in: *Econometrica* 66, 1241-1278.
- Chiappori, Pierre-André (1988): Rational Household Labor Supply, in: *Econometrica* 56, 63-89.
- Chiappori, Pierre-André (1992): Collective Labor Supply and Welfare, in: *Journal of Political Economy* 100, 437-467.
- Chiappori Pierre-André / Fortin, Bernard / Lacroix, Guy (2002): Marriage Market, Divorce Legislation, and Household Labour Supply, in: *Journal of Political Economy* 110, 37-72.
- Chun, Hyunbae / Lee, Injae (2001): Why do Married Men Earn More: Productivity or Marriage Selection?, *Economic Inquiry* 39 (2), 307-319.
- El Lagha, AbdelRahmen / Moreau, Nicolas (2007): Would you Marry me? The Effects of Marriage on German Couples Allocation of Time, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research No. 12, Berlin.
- Gupta, Sanjiv (1999): The Effects of Transitions in Marital Status on Men's Performance of Housework, in: *Journal of Marriage and the Family* 61, 700-711.
- Kalenkoski, Charlene Marie / Ribar, David C. / Stratton, Leslie Sundt (2007): The Effect of Family Structure on Parents' Child Care Time in the United States and the United Kingdom, in: *Review of Economics of the Household* 5 (4), 353-384.
- Kenny, Lawrence (1983): The Accumulation of Human Capital during Marriage by Males, *Economic Inquiry* 21, 223-231.
- Korenman, Sanders D. / Neumark, David (1991): Does Marriage Really Make Men More Productive?, in: *Journal of Human Resources* 31 (3), 282-307.
- Ludwig, Volker (2007): Economic Dependency in Cohabitation and Marriage, and the Division of Labor in the Home, Poster presented at the SOEP2007-Conference, Berlin.
- Lundberg, Shelly J. / Pollak, Robert A. / Wales, Terence J. (1997): Do Husbands and Wives Pool their Resources? Evidence from the United Kingdom Child Benefit, in: *Journal of Human Resources* 32, 463-480.
- McElroy, Marjorie B. (1990): The Empirical Content of Nash-Bargained Household Behavior, in: *Journal of Human Resources* 25, 559-583.
- Odersky, Felix (2006): Eherecht in Großbritannien. England und Wales, in: Rembert Stüb / Gerhard Ring (Hrsg.), *Eherecht in Europa*, Angelbachtal: Zerb.
- Ono, Hiromi / Yeilding, Rosemary (2008): Marriage, Cohabitation and Childcare. The US and Sweden, in: *Social Indicators Research* 93, 137-140.
- Ott, Notburga (1992): *Intrafamily bargaining and household decisions*, Heidelberg: Springer.
- Ott, Notburga (1993): Die Rationalität innerfamiliärer Entscheidungen als Beitrag zur Diskriminierung weiblicher Arbeit. in: Gerd Grözinger / Renate Schubert / Jürgen Backhaus (Hrsg.), *Jenseits von Diskriminierung. Zu den institutionellen Bedingungen weiblicher Arbeit in Beruf und Familie*, Marburg: Metropolis, 113-146.

- Phipps, Shelley A. / Burton, Peter S. (1995): Social/institutional Variables and Behavior within Households. An Empirical Test Using the Luxembourg Income Study, in: *Feminist Economics* 1, 151-174.
- Shelton, Beth A. / John, Daphne (1993): Does Marital Status Make a Difference? Housework among Married and Cohabiting Men and Women, in: *Journal of Family Issues* 14 (3), 401-420.
- South, Scott J. / Spitze, Glenna (1994): Housework in Marital and Nonmarital Households, in: *American Sociological Review* 59 (3), 327-347.
- Rubalcava, Luis / Thomas, Duncan (2000): Family Bargaining and Welfare, Papers 00-10, RAND – Labor and Population Program.
- Vermeulen, Frederic (2002): Collective Household Models: Principles and Main Results, in: *Journal of Economic Surveys* 16, 533-564.
- Vermeulen, Frederic / Bargain, Olivier / Beblo, Miriam / Beninger, Denis / Blundell, Richard / Carrasco, Raquel / Chiuri, Maria-Concetta / Laisney, François / Lechene, Valérie / Moreau, Nicolas / Myck, Michal / Ruiz-Castillo, Javier (2006): Collective Models of Labor Supply with Nonconvex Budget Sets and Nonparticipation. A Calibration Approach, in: *Review of Economics of the Household* 4, 113-127.
- Wagner, Gert / Frick, Joachim / Schupp, Jürgen (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements, in: *Schmollers Jahrbuch/Journal of Applied Social Science Studies* 127 (1), 139–169.
- Ward-Batts, Jennifer (2008): Out of the Wallet and into the Purse: Using Micro Data to Test Income Pooling, in: *Journal of Human Resources* 43 (2), 325-351.
- Woolley, Frances (1996): Tax-Benefit Policy and the Intra-Household Allocation of Resources, Paper presented at: *The Family: Legal, Economic and Policy Perspectives*, June 7-8, Vancouver.

SozW Soziale Welt

Sonderband 19

Hans Bertram
Martin Bujard (Hrsg.)

Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik



Nomos

Inhalt

Einleitung

1. Zur Zukunft der Familienpolitik
Hans Bertram und Martin Bujard..... 3

Abschnitt I:

Neue Lebensverläufe und die Konzeption von Familienpolitik als integrative Kombination von Zeit, Geld und Infrastruktur

2. Keine Zeit für Liebe – oder: Die Rushhour des Lebens als Überforderung der nachwachsenden Generation?
Hans Bertram..... 25
3. Die Lebensverlaufsperspektive als Referenzrahmen und Gestaltungsaufgabe – Herausforderungen an Politik und Betriebe
Ute Klammer..... 45
4. Kinderarmut und Reformoptionen des Familienlastenausgleichs: Wirkungen und Empfehlungen
Richard Hauser und Irene Becker..... 67
5. Herausforderungen der finnischen familienpolitischen Infrastruktur in neuen Lebensverläufen
Aila-Leena Matthies und Marjo Kuronen..... 83
6. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund: Lebenslage und Familienpolitik im Integrationskontext
Helen Baykara-Krumme..... 99

Abschnitt II:

Familienpolitik im internationalen Vergleich aus institutioneller Perspektive

7. Neue soziale Risiken, neue Politiken – Familienpolitischer Wandel in Deutschland, Österreich und der Schweiz
Carina Marten, Gerda Neyer und Ilona Ostner..... 115
8. Familienpolitik und Föderalismus: Das Beispiel Schweiz
Beat Fux..... 139
9. Familienpolitik in Österreich
Wolfgang Mazal..... 161
10. Der Generationenvertrag im Wandel der Interpretationen
Irene Gerlach..... 173

**Abschnitt III:
Zeitpolitische Herausforderungen spezieller Berufsgruppen und die Paarinteraktion**

11. Der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf die Arbeitsteilung von Paaren
Miriam Beblo..... 193
12. Geschlechtsspezifisches Arbeitsmarktverhalten, Verdienste und Wohlbefinden im Familienkontext
Guido Heineck und Joachim Möller..... 209
13. Rahmenbedingungen, Motive und die Realisierung von Kinderwünschen
Jan Eckhard und Thomas Klein..... 231
14. Karriere und Familie in der Wissenschaft
Alessandra Rusconi und Heike Solga..... 253
15. Im Zeitkorsett. Generative Entscheidungen im wissenschaftlichen Lebenszusammenhang
Sigrid Metz-Göckel, Kirsten Heusgen und Christina Möller..... 271

**Abschnitt IV:
Wirkungen von Familienpolitik: kritische Bestandsaufnahme**

16. Frauen zwischen Beruf und Familie – ein europäischer Vergleich
Marina Hennig, Mareike Ebach, Stefan Stuth und Anna Erika Hägglund..... 291
 17. Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können
C. Katharina Spieß..... 321
 18. Makroanalysen: Potenziale, Grenzen und methodische Optionen am Beispiel des Nexus Familienpolitik und Fertilität
Martin Bujard..... 337
- Autorenangaben 365